

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 07. Dezember 2011

Vorlagen-Nr. 11-F-08-0084

**Was sind die Folgen der Einführung von Eurobonds für Wiesbaden?
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 23.11.2011-**

Auf Deutschland wird von Seiten der EU-Partner massiver Druck ausgeübt, sich einer Einführung von Eurobonds nicht länger zu widersetzen. Experten gehen davon aus, dass die Einführung von Eurobonds das Zinsniveau für die öffentliche Hand erhöht. Das bedeutet, dass für die Anleihen, mit denen sich die Bundesrepublik Deutschland refinanziert, deutlich höhere Zinsen gezahlt werden müssen. Es ist davon auszugehen, dass sich die öffentlichen Refinanzierungssätze um mehrere Prozentpunkte erhöhen werden. Damit würden sich auch die Refinanzierungskosten von Ländern und Kommunen erhöhen. Müssen Bund und Länder höhere Zinsen wegen erhöhter Haftungsrisiken zahlen, dann wird der Markt die Zinsen für die Kommunen davon nicht verschonen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Mit welchem Anstieg des Zinsniveaus rechnet der Magistrat für seine Kreditverbindlichkeiten, wenn Eurobonds eingeführt werden? Welche zusätzlichen finanziellen Belastungen würden sich daraus für die Landeshauptstadt Wiesbaden ergeben?
2. Falls der Magistrat sich zur Beantwortung der Frage nach Ziffer 1 nicht in der Lage sieht: Mit welchen zusätzlichen finanziellen Belastungen müsste Wiesbaden rechnen, wenn das Zinsniveau für Kreditverbindlichkeiten um zwei Prozentpunkte ansteigen würde?
3. Welche Maßnahmen würde der Magistrat ergreifen, wenn sich kurzfristig eine zusätzliche Belastung nach Ziffer 1 oder 2 ergeben würde?

Beschluss Nr. 0389

Der Antrag ist durch die Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2011

Horschler
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .12.2011

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2011

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister